

«Bioland Schweiz».

Grüne Partei ist gegen Agrarfreihandel mit der EU

Die Grünen Schweiz wollen eine grüne Agrarpolitik mit dem langfristigen Ziel «Bioland Schweiz». Dazu haben sie an der Delegiertenversammlung vom Samstag in St. Gallen Leitlinien und Resolutionen verabschiedet. Abgelehnt wird der Agrarfreihandel mit der EU.



Neu in Agrarpolitik:

- [Referendum zu Cassis-de-Dijon auf der Kippe](#)
- [Landwirtschaftskammer fordert Grenzöffnungsstopp](#)
- [Raumplanungsgesetz: Bundesrat verzichtet auf Totalrevision](#)
- [Bio wächst – doch wo bleiben die Bio-Produzenten?](#)

Die Delegierten haben die Parteileitung beauftragt, ein Konzept zum sogenannten Green New Deal für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu verabschieden. Dazu will die Partei eine Volksinitiative starten.

Im Mittelpunkt des Green New Deal stehe die Agrarpolitik, sagte Maya Graf, Nationalrätin von Baselland und Fraktionspräsidentin der Grünen. Die Landwirtschaft müsse multifunktional bleiben und auch in Zukunft die Bevölkerung versorgen, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Landschaft pflegen.

«Bioland Schweiz»

Nach mehrstündiger Diskussion verabschiedeten die Delegierten ein Positionspapier. Langfristiges Ziel ist ein «Bioland Schweiz». Die Fläche für Bio-Landbau soll stark ausgebaut werden. Grundsätzlich müssten Agrarflächen erhalten statt überbaut werden. Statt industrieller Tiermast verlangen die Grünen artgerechte Tierhaltung.

«Unsere Forderungen zur Landwirtschaftspolitik kommen zur richtigen Zeit», sagte Graf. Europaweit seien tausende von Bauern im Milchstreik. Etliche Politfelder seien offen, zum Beispiel das Freihandelsabkommen, die Direktzahlungen oder die WTO-Verhandlungen.

Gegen Freihandel

Die Grünen verabschiedeten zudem eine Resolution, welche das Freihandelsabkommen mit der EU, wie er heute vorgesehen ist, ablehnt. Der Import von Billig-Esswaren, die unter unwürdigen ökologischen und sozialen Bedingungen produziert werden, bedeuteten für die lokalen Bauern einen unlauteren Wettbewerb.

Eine weitere Resolution verlangt, dass mit Direktzahlungen die Ziele der Nachhaltigkeit noch gezielter gefördert werden. Die Direktzahlungen müssten an ökologische und tierschützerische Auflagen geknüpft werden.

Eine dritte Resolution verlangt eine Energieetikette für Lebensmitteln. Damit sollen die Konsumenten über die Klimaschädlichkeit von Nahrungsmitteln aufgeklärt werden.

sda [19.09.09 22:35]